



Brüssel, den 14. Oktober 2020

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Positionspapier für die öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission zur Revision der Energiesteuerrichtlinie (ETD)

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, unserem Fragebogen folgende Grundsatzpositionierung beifügen zu dürfen.

Das Wichtigste in Kürze

Eine Novelle der ETD ist aus Sicht des DIHK angemessen, da diese seit 2004 nicht überarbeitet wurden und die Fokussierung auf die Verbrauchsmengen der Heiz- und Kraftstoffe aus klimapolitischer Perspektive Fehlanreize setzt.

Aus Sicht der Kommission gibt es zu viele Begünstigungs- und Befreiungstatbestände, die die Nutzung fossiler Energien fördern und zu wenig Anreize für Klimaschutz und Energieeffizienz. Diese Einschätzung teilt der DIHK in ihrer Pauschalität nicht. Aus unserer Sicht haben insbesondere die Entlastungsregeln dazu beigetragen, industrielle Wertschöpfung in Europa zu sichern und somit einen Anstieg der globalen CO₂-Emissionen durch die Verlagerung von Produktion in Drittländer zu verhindern.

Unsere Forderungen

1. Doppelbelastungen vermeiden, Handelssysteme wirken lassen
2. CO₂-Komponente der Energiebesteuerung EU-weit stärken
3. Entlastungsregeln fortführen, „klassische“ Energiegehaltsbesteuerung abschmelzen
4. Stromsteuer bei regionalem, ungefordertem Grünstrom auf den Mindestsatz senken
5. Ausnahmen von der Stromsteuerpflicht begrenzen

Unsere Forderungen mit Begründung

Bei der Novelle der Richtlinie sollten folgende Grundsätze beachtet werden:

1. Doppelbelastungen vermeiden, Handelssysteme wirken lassen

Als die Richtlinie in Kraft trat, bestand der Europäische Emissionshandel (EU ETS) noch nicht. Er ist ein kraftvolles und effizientes Instrument zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und sorgt für die sichere Einhaltung der europäischen Klimaschutzvorgaben für die Energiewirtschaft und große Teile der Industrie. Zudem plant die Europäische Kommission im Rahmen des Green Deals, die Rolle des EU ETS weiter zu stärken, u. a. durch eine Ausweitung auf weitere Sektoren. Die Besteuerung der Energieträger, die in emissionshandelspflichtigen Anlagen genutzt werden, hat daher keine zusätzliche Wirkung für den Klimaschutz oder die Energieeffizienz, sondern dient rein der Finanzierung des Staats-haushalts (Fiskalzweck).

Eine Doppelbelastung gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa. Zudem würden die bestehenden Handelssysteme in ihrer Wirkung beeinträchtigt. Auch Sicht des DIHK sollten daher alle Brennstoffe, die in vom EU ETS erfassten Anlagen verbraucht werden, von der Energiebesteuerung ausgenommen werden. In vielen Fällen ist das bereits heute so und sollte daher zumindest beibehalten werden.

Gleiches sollte für dem EU ETS ähnliche, nationale Systeme gelten, mit denen CO₂-Emissionen explizit bepreist werden, die nicht dem EU ETS unterliegen. Deutschland führt ab 2021 einen nationalen Emissionshandel (nEHS) ein. Eine Doppelregulierung durch die Energiesteuer bringt aus Klimaschutz- und Energieeffizienzaspekten keinen Mehrwert. Sollte die Energiesteuer ganz oder teilweise auf eine Besteuerung von CO₂ umgestellt werden, sollten solche nationalen Handelssysteme in jedem Fall berücksichtigt werden, um Doppelbelastungen zu vermeiden.

2. CO₂-Komponente der Energiebesteuerung EU-weit stärken

Die Einführung einer CO₂-Komponente im Rahmen der Energiesteuerrichtlinie unterstützt der DIHK. Die momentanen Regelungen werden der Klimawirkung der Energieträger nicht gerecht. Eine vollständige Umstellung auf den CO₂-Gehalt sollte auch aus Gründen der Steuervereinfachung geprüft werden.

In einer Welt, die sehr weitgehend auf der Stromerzeugung aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen fußt, ist die Besteuerung gemessen an der verbrauchten kWh nicht mehr zeitgemäß. Schließlich zeichnen sich Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarem Strom durch hohe Fixkosten und nur sehr geringe variable Kosten aus. Sind die Erzeugungsanlagen bereits vorhanden und damit die Fixkosten bereits angefallen, sollte der Strom vollständig genutzt werden, da er günstig und CO₂-frei ist. Eine Abregelung solcher Anlagen aus Gründen einer fehlenden Stromnachfrage ist volkswirtschaftlich hingegen nicht sinnvoll. Die Stromsteuer führt aber im Zusammenspiel mit anderen Umlagen dazu, dass

Stromverbrauch soweit wie möglich vermieden wird. Aus Sicht des DIHK bedarf es hierfür einer Neuregelung.

3. Entlastungsregeln fortführen, „klassische“ Energiegehaltsbesteuerung abschmelzen

In jedem Fall sollten die bestehenden Entlastungsregelungen erhalten bleiben. Die Standortbedingungen für Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb befinden, würden sonst massiv verschlechtert. Zudem würden die in vielen Branchen notwendigen Investitionen in eine klimafreundlichere Produktion und Energieversorgung durch solche zusätzlichen steuerlichen Belastungen ausgebremst. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der dramatischen wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie. Eine Energiebesteuerung würde damit ihrem Lenkungsziel zuwiderlaufen. Die Energiebesteuerung bei Brenn- und Treibstoffen in Form der Besteuerung des Energiegehalts sollte mit steigenden CO₂-Preisen schrittweise abgeschmolzen werden. In jedem Fall sollte die Energiesteuer kein reines Finanzierungsinstrument des Staates sein. Daher sollte über die Einführung von Höchstwerten neben den Mindestsätzen nachgedacht werden. Dies würde auch zu einer stärkeren Vereinheitlichung der nationalen Regelungen führen und damit Verzerrungen im Binnenmarkt deutlich verringern.

4. Stromsteuer bei regionalem, ungefördertem Grünstrom auf den Mindestsatz senken

Stammt Strom aus nicht geförderten EE-Anlagen, wird er im regionalen Zusammenhang verbraucht und ist die Erzeugung mit Herkunftsnachweisen hinterlegt, sollte festgelegt werden, dass die Stromsteuer das europäische Mindestmaß nicht übersteigt. Dies würde einen erheblichen Anreiz darstellen, aus der Förderung für erneuerbare Energien auszusteigen. Dies würde auch die Akzeptanz von EE-Anlagen vor Ort steigern.

5. Ausnahmen von der Stromsteuerpflicht begrenzen

Ausnahmen von der Stromsteuerpflicht für bestimmte Anwendungsfelder bewertet der DIHK – anders als Steuerreduzierungen für das produzierende Gewerbe – im Grundsatz kritisch. Ein Anreiz für den Einsatz erneuerbaren Stroms ergibt sich vor allem auch durch die Umstellung der Energiebesteuerung auf den CO₂-Gehalt. Ausnahmen von der Stromsteuerpflicht sollte es nur für Prozesse geben, für die keine Effizienzsteigerungen erwartbar sind, und für Strom aus Ökostromanlagen sowie hocheffizienten KWK-Anlagen, der überwiegend zum Selbstverbrauch vor Ort erzeugt wird.

Zwei Ansprechpartner

Malte Weisshaar

Leiter des Referats Steuern EU, EU-Finanzen, Energiesteuern

Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mittelstand
weisshaar.malte@dihk.de

+32 (0)2 286 1609
Avenue des Arts 19 A-D
B-1000 Brüssel

Julian Schorpp
Leiter des Referats Europäische Energie- und Klimapolitik
Bereich Energie, Umwelt, Industrie
Schorpp.Julian@dihk.de
+32 (0)2 286 1635
Avenue des Arts 19 A-D
B-1000 Brüssel

Wer wir sind

Unter dem Dach des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich der DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein.

Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir auf demokratischem Weg zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Darüber hinaus koordiniert der DIHK das Netzwerk der 140 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 92 Ländern. Er ist im Register der Interessenvertreter der Europäischen Kommission registriert (Nr. 22400601191-42).